

## **„Das Erbe der Meiji-Restauration. Wege zur liberalen Demokratie 1868 – 2018“**

Am 13. und 14.12.2018 fand an der Leopoldina in Halle die internationale Konferenz „Das Erbe der Meiji-Restauration. Wege zur liberalen Demokratie 1868 – 2018“ statt. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), dem Japanisch-Deutschen-Zentrum Berlin (JDZB) und der Japan Foundation organisiert und brachte anlässlich des 150-jährigen Gedenkens der Meiji-Restauration deutsche und japanische Wissenschaftler zusammen, um die verschiedenen Transformationsprozesse in Japan hinsichtlich Modernisierung und Demokratisierung interdisziplinär und zeitlich zu reflektieren. Eine der zentralen Fragen, die während der Veranstaltung immer wieder aufgegriffen wurden, ist die Frage nach der Bedeutung, Entwicklung und auch Sinnhaftigkeit der Praxis des Gedenkens an historische Ereignisse wie die Meiji-Restauration über einen langen Zeitbogen, sowie der Einfluss dessen auf die Gegenwart und die Zukunft.

In den einführenden Beiträgen von Frau Prof. Dr. Gesine Foljanty-Jost (MLU) und Herrn Prof. Dr. Seigo Hirowatari (Universität Tokyo) wurde auf die heutige Bedeutung der Meiji-Restauration als Ausgangspunkt der Demokratisierung in Japan eingegangen. Frau Prof. Foljanty-Jost stellte zu Anfang dar, warum ein Fortführen des Gedenkens an Meiji sinnvoll ist. Durch das Nachdenken über die Modernisierungsprozesse in Japan im Verlauf von nunmehr 150 Jahren würden sich Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung der Forschung zu Prozessen der Herausbildung liberaler Demokratie sowohl in Japan als auch weltweit ergeben. Für die Strukturierung der Analyse japanischer Demokratie wurde von Frau Prof. Foljanty-Jost vorgeschlagen, sich auf die folgenden vier Leitthemen zu konzentrieren: 1. Souveränität, 2. Partizipation, 3. Repräsentation und 4. Legitimation und diese jeweils unter Berücksichtigung erkennbarer Kontinuitäten und Diskontinuitäten zu diskutieren. Außerdem ging sie auf die für die Konferenz gewählte Periodisierung in 50-Jahres-Schritten ein, nämlich 1868-1918-1968, der auch in der Anlegung der drei Themenblöcke der Konferenz gefolgt wurde. Dabei stellte sie die Ereignisse um diese Jahreszahlen als relevante Wendepunkte innerhalb der Demokratisierung Japans dar, womit gleichzeitig auch ein erster Überblick über die Transformationsprozesse geliefert und für die Gegenwart im Jahr 2018 mögliche Fragen und Anforderungen aufgeworfen wurden.

Herr Prof. Hirowatari teilte in seinem Rückblick die Zeitspanne von 150 Jahren seit der Meiji-Restauration in zwei große voneinander abzugrenzende Zeiträume: einerseits die Zeit der ersten Verfassung des Großen Japanischen Reiches von 1889 und andererseits die Zeit der zweiten Verfassung von 1946. Dabei betonte er, dass sich die Phase unter der ersten Verfassung Japans durch eine Fokussierung auf Wohlstand und militärische Stärke auszeichnete, wogegen die 2. Phase nach dem Pazifischen Krieg von der Formel „reiches Land ohne militärische Stärke“ geprägt sei, allerdings einhergehend mit einer wachsenden Abhängigkeit von den USA. Die

## KONFERENZBERICHT

Aussagen von Frau Prof. Foljanty-Jost aufgreifend, ging Herr Prof. Hirowatari anschließend auf die für ihn ausschlaggebenden Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen diesen zwei Phasen ein. Als Kontinuität betrachtete er dabei folgende vier Punkte: 1. verfassungsbasierte Regierung, 2. Parlamentarisches Regierungssystem, 3. Kapitalismus, 4. Tennō-System. Als Brüche und Diskontinuitäten ließen sich seiner Meinung nach vor allem die Zuschreibung der Souveränität und die Neuausrichtung am Pazifismus verstehen. Diese neue Epoche eines erlebbaren „demilitarisierten Pazifismus“ in Japan beschrieb er eindrucklich mit Anekdoten und vor allem seinen persönlichen Erinnerungen an die Nachkriegszeit. Abschließend nutzte er zwei aus seinen Ausführungen herausgearbeitete Japanbilder, um sein Fazit und auch eine Perspektive für Japans Zukunft zu formulieren. Die Vision der sogenannten Klein-Macht-Doktrin für Japan stellte dabei für ihn eine Art Arche-Typ eines normativen Japan-Bildes dar, das auf den Säulen einer konstitutionellen Monarchie und der Freundschaft zu anderen Staaten basiere. Er kontrastierte es mit der Groß-Macht-Doktrin für Japan, welche sich seiner Meinung nach vor allem durch einen ausgeprägten Protektionismus und Imperialismus auszeichne. Als Fazit forderte Herr Prof. Hirowatari das heutige Japan auf, den Idealen einer „kleinen Macht“ zu folgen, da das damit verbundene politische Programm sich eher an der Realisierung des Glücks der Individuen orientieren würde.

Im sich anschließenden ersten Themenblock „*Der Aufbruch 1868 und die Strukturierung des politischen Raums*“ wurde der Versuch unternommen, verschiedenste Einblicke in die politische und soziale Praxis der Meiji-Zeit zu gewähren, um die anfänglichen Wege hin zu einer liberalen Demokratie beleuchten und einordnen zu können. Der Vortrag von Herrn Prof. Zöllner (Universität Bonn) befasste sich mit den Entwicklungen und Diskontinuitäten hinsichtlich der Körperlichkeit des Tennō während der Meiji-Zeit. Dafür benutzte er einen „Körper“-Begriff, den er als prägende Metapher sowohl für das Selbstverständnis des japanischen Staates (kokutai) als auch für den Umgang mit dem Meiji-Tennō (Kaiser als „Kopf“ des Staates) ansah. Frau Prof. Schad-Seifert (Universität Düsseldorf) erläuterte in ihrem Beitrag die Positionen und Diskussionen innerhalb der Intellektuellen-Gruppierung der Meirokusha hinsichtlich einer Neuregelung der Geschlechterverhältnisse in der japanischen Gesellschaft, wobei laut ihrem Fazit diese Debatte der Meiji-Zeit sich weniger am Thema der Gleichstellung der Frauen als eher an der nationalen Frage eines sittlichen Verhaltens des „modernen“ japanischen Mannes orientiere. Herr Prof. Iokibe (Universität Tokyo) erklärte mit Hilfe der Metapher „Stromaufwärts zur Quelle“ („upstream to origin“) die Prozesse der Nationalstaatsbildung in der Meiji-Zeit und die damit verbundenen spezifischen Vorgehensweisen Japans in Krisenzeiten. Er erläuterte, wie sich im Besonderen der Umstand der räumlichen Distanz zur westlichen Zivilisation auf die Entwicklung und gegenseitige Durchdringung von Bereichen wie Wirtschaft-Militär-Gesellschaft auswirkte, was sich vor allem in der Gestaltung der Aufnahmeprozesse westlicher Zivilisation aufzeigen lasse. Herr Dr. Kawamura (Universität Frankfurt/Main) ging auf die Entwicklung des Begriffs „Recht“ im Sinne der subjektiven Rechte und der Menschenrechte im japanischen Modernisierungsprozess ein, wobei er die förderliche Rolle der Rechtsanwälte in der Meiji-Zeit innerhalb der „Bewegung für Freiheit und

2

## KONFERENZBERICHT

Bürgerrechte“ hervorhob und auf Versäumnisse einer institutionellen Verankerung durch die Meiji-Verfassung hinwies. Abschließend wurde diskutiert, welche langfristigen Bedeutungen die vorgestellten politischen und sozialen Handlungsräume der Meiji-Zeit aufweisen, woraufhin die ReferentInnen einen kurzen Einblick in die Weiterentwicklungen der jeweiligen Themenfelder bis in die Gegenwart gewährten und dabei sowohl Kontinuitäten als auch Diskontinuitäten festgestellt werden konnten. Am Ende kam man zu dem Schluss, dass das bisherige „einfache“ Erklärungsmodell für die schrittweise Demokratisierung Japans (Institution – Massen – Bürger) womöglich zu kurz greife, da sich bereits in der Meiji-Zeit demokratische Handlungsspielräume für das Volk ausmachen lassen und diese demnach nicht erst mit der sogenannten Taishō-Demokratie einsetzten. Somit sollten für eine umfassende Betrachtung von Demokratie in Japan auch die Handlungsspielräume des Volkes während der Meiji-Zeit mehr Beachtung finden.

Im zweiten Themenblock „*Demokratie als Handlungs- und Denkform – 1918*“ wurde die „Taishō-Demokratie“ und die damit in Verbindung zu bringende „Mobilisierung der Massen“ thematisiert. Herr Prof. Meyer (Universität Bonn) gab in seinem Vortrag grundlegende Einblicke in die Begriffsgeschichte der Demokratie sowie die „geistige“ Demokratisierung in Japan anhand der Demokratierezeptionen dreier Intellektueller unterschiedlicher Generationen der Meiji- und Taishō-Zeit. Damit konnte eindrücklich gezeigt werden, dass man sich in Japan bereits frühzeitig zumindest theoretisch der Demokratiefrage gewidmet hat, wobei es in der Taishō-Zeit bereits zu der Herausarbeitung von spezifischen Konzept-Ideen kam. Herr Dr. Sato (Universität Tokyo) nahm in seinem Vortrag das Thema der Rolle und Bedeutung des Tennō auf. Er resümierte, dass in der Zeit der Taishō-Demokratie eine Instabilität des modernen Tennō-Systems festzustellen ist, welche zum einen mit dem Wechsel vom Meiji- zum Taishō-Tennō und zum anderen mit der Krisen-Situation um die Monarchie weltweit erklärt werden könne. Herr Prof. Zachmann (FU Berlin) widmete sich schließlich im Speziellen der Apotheose der Massen im innen- und außenpolitischen Raum der Taishō-Zeit. Im Fazit arbeitete er heraus, dass die so oft beschriebenen „Massen“ der Taishō-Demokratie effektiv nur eine eingeschränkte Rolle eingenommen hätten, was zum einen auf die Doppelmoral einer „begrenzten Nächstenliebe“ und damit einhergehend auf eine „strategische Kompartimentalisierung“ zwischen innen- und außenpolitischen Ansätzen zurückzuführen wäre, und zum anderen die Dominanz der Ideologie des Staatskörpers (kokutai) lediglich eine rhetorische Duldung der Volksmassen mit sich gebracht hätte. Herr Prof. Sprotte (FU Berlin) vertiefte in seinem Beitrag innenpolitische und konzeptgeschichtliche Betrachtungen zur Bedeutung der Massen und des Volkes. Und trotz der von ihm angeführten vielfältigen Ereignisse der Taishō-Zeit, die eine zunehmende Liberalisierung, ein wachsendes politisches Bewusstsein (auch unter japanischen Frauen) sowie Forderungen nach Schaffung politischer Partizipationsmöglichkeiten aufzeigten, attestierte auch er dem japanischen Liberalismus der Taishō-Zeit letztendlich Schwäche und Einflusslosigkeit. Abschließend wurde diskutiert, welche Neuerungen und Diskontinuitäten sich aufzeigen lassen, um den verstärkten Ruf nach Demokratisierung erklären zu können. Dazu wurde das Auftreten einer in der Meiji-Zeit

3

## KONFERENZBERICHT

sozialisierten neuen Generation angeführt, sowie das Aufkommen von neuen Medien und Formen der Kommunikation, die sich vor allem auf eine veränderte Rolle und Abbildung des Tennō ausgewirkt haben sollen. Man war sich einig, dass die Taishō-Demokratie durchaus für das Auftreten der Massen und des Volkes steht, dieser Auftritt jedoch eher quantitativ als qualitativ verstanden werden sollte. Die Wirkung der Massen wurde aufgrund folgender Faktoren als begrenzt angesehen: fehlende Bildung, soziale Eingebundenheit, insulare Perspektiven.

Im dritten und letzten Themenblock „1968 und demokratische Entwicklungen in der langen Nachkriegszeit: Kräfte und Gegenkräfte“ wurde die Bewegung der Neuen Linken, die Rolle der Justiz und der Juristen nach 1968er sowie Probleme der Demokratie am Beispiel von Regionalpolitik thematisiert. Herr Dr. Andō (Musashi Universität) stellte die Hinwendung zu gewaltfreier direkter Aktion (non-violent direct action) im Zuge der Anti-Vietnam-Bewegung vor, deren Verbreitung und Bedeutung in der japanischen Zivilgesellschaft er bis in die gegenwärtige Anti-AKW-Bewegung hinein nachzeichnete. Er arbeitete die Bedeutung der gewaltfreien direkten Aktion für die Stärkung von Demokratie als geeignetes Mittel heraus, durch das die Zunahme polizeilicher Interventionen überwunden und das Fehlen politischer Ressourcen auf Seiten der Demonstranten kompensiert werden könne. Herr Dr. Knaut (Universität Heidelberg) legte mit seinen Ausführungen zur japanischen Neuen Linken dar, warum anders als in Europa und den USA der 68er-Bewegung in Japan oft eine Niederlage attestiert wird. Dies führt er teilweise auf politische Defizite, innere Isolation der Neuen Linken sowie eine fehlende Implementierung der sich neu formierenden Politik sozialer Bewegungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zurück. Gleichzeitig kritisierte er aber auch den „unhistorischen“ Vergleich mit anderen westlichen Demokratien, der für die 1968er in Japan zu eben diesem Ergebnis führt. Es gäbe durchaus Ansätze für die Annahme einer latenten Umsetzung und Integrierung der 68er-Ansätze in der japanischen Lokalpolitik, welche es weiter zu erforschen gälte. Frau Ōnishi (Senshu Universität) erklärte am Beispiel von Umweltprozessen, vor allem dem Minamata-Prozess, warum man die japanische Justiz nach 1968 als eine treibende Kraft für gesellschaftlichen Wandel sehen kann. Sie legte dar, dass, trotz einer vermeidlich passiven und konservativen Haltung des japanischen Obersten Gerichtshofes in Verfassungsfragen, die Gerichte vor allem hinsichtlich der Umweltschadensprozesse eine aktive und die Werte der Bürger realisierende Rolle einnahmen und durch eine allgemeine Stärkung der Judikative eine starke und unabhängige Justiz entstand. Im letzten Beitrag von Frau Prof. Vogt (Universität Hamburg) wurde am Fallbeispiel von Okinawa verdeutlicht, wie die dortigen Aktivisten schrittweise ein Bewusstsein als Weltbürger und nicht länger als Opfer entwickelten. Dies wird auch in den Eigenschaften und Strukturen der lokalen Bewegungen deutlich, die sich durch eine breite Akteurs-Koalition und innovative Strategien auszeichnen. In der darauffolgenden Diskussion wurde die Funktion des japanischen Obersten Gerichtshofs im Vergleich zum deutschen Verfassungsgericht debattiert. Auch die Notwendigkeit einer funktionierenden Gewaltenteilung stand im Fokus, da einzelne Fälle genannt wurden, in denen eine inaktive Legislative und Exekutive in Japan durch die Judikative kompensiert werden musste. Außerdem stellte sich die Bedeutung des Gewaltbegriffs in den sozialen Bewegungen für die Diskussion als zentral heraus.

4

## KONFERENZBERICHT

In der abschließenden Podiumsdiskussion der Konferenz wurde versucht, eine zusammenfassende Betrachtung der diskutierten Kontinuitäten und Diskontinuitäten japanischer Demokratisierung seit der Meiji-Zeit bis heute vorzunehmen. Es hat sich in den verschiedenen Beiträgen deutlich gezeigt, dass der Prozess der Demokratisierung auf drei Ebenen abläuft: 1. der Institution, 2. des Handelns und 3. des Denkens. Auf die anfangs unterbreiteten Leitthemen der „Legitimation“ und „Souveränität“ wurde vor allem in Bezug auf die Rolle und Bedeutung des Tennō eingegangen, jedoch scheint hierzu eine genauere Betrachtung der Institution des Tennō im Rahmen der Demokratisierung nach 1945 bis heute noch auszustehen. Die Entwicklungen und Probleme hinsichtlich einer demokratischen „Partizipation“ in Japan wurden in einigen Beiträgen angesprochen, wobei eine schärfere Abtrennung der Begriffe „Masse“ und „Volk“ sich als hilfreich erweisen könnte. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass man die sozialen Bewegungen als zentrale Akteure der Demokratie nicht „überfordern“ sollte, da sich auch andere wichtige positive Kräfte und interessante Beobachtungsfelder in der Zivilgesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit ausmachen ließen. Der Themenbereich der „Repräsentation“ blieb insgesamt unterrepräsentiert, da bspw. das Parteiensystem oder die Parteienkabinette zu wenig Beachtung fanden.

Ausgehend von der Beschreibung der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage Japans, die durchaus als neuer Wendepunkt gesehen werden kann, wurden alle Beitragenden nach dem Gewinn des Rückblicks auf 150 Jahre Demokratisierung in Japan gefragt, sowohl in Bezug auf die Analyse der Gegenwart als auch auf abzuleitende Aufgaben für die Zukunft. Grundlegend wurde festgestellt, dass der Umgang mit dem Begriff der liberalen Demokratie und die Beobachtung von Demokratisierungsprozessen in Japan oft mit einer qualitativen Bewertung einhergehe, was sich eher hinderlich auf die Eruierung von Erkenntnissen auswirke. Diesen normativen Bias könne und müsse man überwinden, bspw. durch die gemeinsame Erarbeitung und Aufstellung von Kriterien, um wirkliche Vergleichsdimensionen zu schaffen. Angemerkt wurde auch, dass sowohl in den Beiträgen der Konferenz als auch in der Forschung insgesamt die Eliten als Beobachtungsgegenstand oft überrepräsentiert erscheinen. Für die weitere interdisziplinäre Forschungsarbeit wurde daher der Vorschlag unterbreitet, vermehrt an Diversität orientierte kleinere Einzelstudien oder Beobachtungen zu Lokalpolitiken und -praktiken durchzuführen, die dann durch eine anschließende Bündelung neue Erkenntnisse hervorbringen könnten. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass die Rolle der Wirtschaft für den Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess nicht unterschätzt werden dürfe, vor allem wenn man sich die stetig zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft vor Augen führt. Außerdem wurde erkannt, dass die Demokratisierung in Japan eine Vielzahl von Lernprozessen auf allen Ebenen (Institution-Handeln-Denken) umfasst, deren vertiefende Betrachtung sich als lohnenswert darstellt.

Die Konferenz machte deutlich, dass sich das Gedenken an geschichtliche Ereignisse wie die Meiji-Restauration über die Zeit hinweg wandelt und sich zu jedem betrachteten Zeitpunkt andere Bedeutungen und zukünftige Aufgaben identifizieren lassen. Ein Satz der Podiumsdiskussion gab uns auch eine abschließende Antwort auf die zu Anfang gestellte Frage nach der Sinnhaftigkeit des Gedenkens: „Die Geschichte wiederholt sich. Man muss aus der Geschichte lernen.“